



## Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag  
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel  
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

# P R E S S E M I T T E I L U N G 1/2020

Kiel, den 15.1.2020

## **Der Bevölkerungsaustausch ist keine Fiktion**

### **Bundesregierung setzt „resettlement“-Flüge fort**

Die Bundesregierung setzt unbekümmert um wachsende öffentliche Kritik ihre Umsiedlung von Ausländern nach Deutschland fort. Am Dienstag sind nun erneut rund 250 Einwanderer in einem Flugzeug aus der Türkei in Hannover gelandet. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) mitteilte, handelte es sich dabei um „Schutzsuchende, die im Rahmen der Humanitären Aufnahme nach Deutschland einreisen“. Eine Bamf-Sprecherin präzisierte, unter den 247 Migranten hätten sich 141 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, 55 Frauen und 51 Männer befunden. Alle seien Syrer.

Im sogenannten Resettlement-Programm verpflichtete sich Deutschland, Migranten aufzunehmen, die im ersten Ankunftsland keine Perspektive hätten, allerdings auch nicht in ihre Heimat zurück könnten.

Das Umverteilungsprogramm der EU läuft in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). 3.000 der für 2020 vorgesehenen 5.500 Plätze sind laut dem Evangelischen Pressedienst für das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei reserviert. Es sieht vor, daß die Türkei in Griechenland ankommende Einwanderer zurücknimmt, dafür aber die EU in der gleichen Zahl syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufnimmt.

Diese werden ebenso wie Personen aus dem Niger, Libanon und Jordanien als sogenannte humanitäre Aufnahmen gewertet. 1.900 Plätze sind für das Resettlement-Verfahren des Bundes vorgesehen, weitere 200 für ein Landesaufnahmeprogramm von Schleswig-Holstein. Die restlichen 400 Plätze für 2020 stehen für die Initiative „Neustart im Team“ zur Verfügung.

Laut der Nachrichtenagentur dpa sind seit 2015 mehr als 64.000 Personen über Umsiedlungsprogramme in die EU gekommen. Für jeden dieser Einwanderer erhält das jeweilige EU-Mitgliedsland 10.000 Euro von der EU-Kommission.